

- Saro-Wiwa, Ken. 1992. *Genocide in Nigeria. The Ogoni Tragedy*. London, Lagos, Port Harcourt: Saros International Publishers.
- Sartorio de Ponte, Ana. 1998. „La Actividad Minera de Ora y Diamantes en Venezuela.“ In: Hg. Programa de Monitoreo Minero para la América Latina. *La Minería en Venezuela*. Bromley, England: LAMMP, 8–12.
- Shell Prospecting and Development (Peru) B.V. 1996a. „Briefing Paper Number 5“ – *General Camisea Update*. November 1996. Lima.
- Shell Prospecting and Development (Peru) B.V. 1996b. *Pre-Trip Preparation and Response Plan in Case of Contact with Isolated Nahua, Kugapakori or Machiguenga Indigenous People*. Document No. SPDP-PD-96-004, Nov. 1996.
- Shell Prospecting and Development (Peru) B.V. 1997a. „Briefing Paper 7“. November 1997. Lima.
- Shell Prospecting and development (Peru) B.V. 1997b. *Environmental Impact Assessment of the Pagoreni/San Martin East Exploratory Wells*. Reference 4200.23. Lima.
- Shell Prospecting and Development (Peru) B.V. n.d. *The Camisea Project*. Peru. Lima.
- Vázquez, Edwin. 1998. *Persönliche Mitteilung* des Vizepräsidenten der peruanischen Indianerorganisation AIDSEP an den Autor. Mai 1998.
- World Council of Churches. 1996. *Ogoni. The Struggle Continues*. Genf: WCC – Programme Unit III.
- Verfassung. 1993. *Constitución Política de Perú*.

René Kuppe, Institut für Kirchenrecht/Arbeitsgruppe für Rechtsanthropologie,
Freyung 6/II/4, A-1010 Wien
e-mail: rene.kuppe@univie.ac.at

Journal für Entwicklungspolitik XV/2, 1999, S. 207–216

Fons Gribling

Indigene Völker in der Außenpolitik und in der Entwicklungszusammenarbeit der Niederlande

Durch meine Zuständigkeit für den Bereich „indigene Völker“ im niederländischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten besitze ich Einblick in die relevanten politischen Entwicklungen und die Durchführung der einschlägigen Maßnahmen. Außerdem fungiere ich als Berater beispielsweise für Fachleute in den Bereichen Umwelt und Europapolitik innerhalb des Ministeriums, in den niederländischen Botschaften und in den ständigen Vertretungen der Niederlande bei den Vereinten Nationen.

1. Einführung

Das vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ausgerufene „Jahr der Weltbevölkerungen“ wurde im Dezember 1993 mit der Ankündigung der „UN-Dekade der indigenen Völker der Welt“ abgeschlossen.

Etwa zur gleichen Zeit wurden auch die Pläne ausgeführt, die im Richtlinien-dokument „Indigene Völker in der Außenpolitik und in der Entwicklungszusammenarbeit“ dargelegt sind, das der niederländische Minister für auswärtige Angelegenheiten und der Minister für Entwicklungszusammenarbeit im März 1993 der Zweiten Kammer der Generalstaaten vorgelegt hatten.

Damit waren die Niederlande die erste europäische Nation, die allgemeine politische Richtlinien zur Thematik der indigenen Völker entwickelt hatten. Seither sind Dänemark (1994) Deutschland (1996) und Spanien (1997) nachgefolgt.

Die Regierung geht, wie Deutschland und Belgien, bei dem Begriff „indigene Völker“ von der Definition des UN-Berichterstatters Martinez Cobo aus:

„Indigene Gemeinschaften, Völker und Nationen sind Gruppen von Menschen, die sich – als Nachkommen von Gemeinschaften, die sich in ihren Siedlungsräumen vor einer Invasion oder Kolonisation entwickelt hatten, – ihrer eigenen Auffassung nach von den Teilen der Gesellschaft unterscheiden, die jetzt in diesem Gebiet dominieren. Sie bilden nunmehr nicht dominante Elemente der Gesellschaft und sind fest entschlossen, ihre traditionellen Siedlungsräume und ihre ethnische Identität zu erhalten, weiterzuentwickeln und als Grundlage für ihr Fortbestehen als Völker mit eigenen kulturellen Mustern, sozialen Institutionen und Rechtssystemen an künftige Generationen weiterzugeben“.

Im Gegensatz dazu halten sich Dänemark und Spanien an den in der ILO Konvention 169 verwendeten Begriff.

2. Menschenrechte

Die Bemühungen um den Schutz der Rechte indigener und in Stämmen lebender Völker sind Teil einer aktiven Politik zum Schutz der Menschenrechte. Diese Völker gehören schließlich zu den am stärksten benachteiligten Gruppen der Weltbevölkerung.

Auf internationaler Ebene wurde dem Schutz der Rechte und dem Status der indigenen Völker durch die während der in Wien abgehaltenen UN-Weltkonferenz für Menschenrechte von 1993 angenommene Erklärung und den Aktionsplan größere Aufmerksamkeit zuteil. Dadurch wurden wichtige Initiativen zur Stärkung der Position der indigenen Völker in Gang gesetzt.

Das Ziel der *UN-Dekade der indigenen Völker der Welt*, die am 10. Dezember 1994 begonnen hat, liegt darin, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken, um eine Lösung für die Probleme zu finden, denen sich indigene Völker in den Bereichen Menschenrechte, Umwelt, Entwicklung, Bildung und Gesundheit gegenübersehen. Priorität im Rahmen dieser Dekade haben die Verabschiedung einer internationalen Erklärung über die Rechte der indigenen Völker und die Einrichtung eines ständigen Forums innerhalb der Vereinten Nationen.

Die Ausarbeitung der Erklärung über die Rechte der indigenen Völker im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen ist ein langer und schwieriger Prozeß. Zahlreiche juristische und politische Gegensätze treten dabei zutage, z.B. in bezug auf die Definition des Begriffs „indigene Völker“, die Bedeutung des Rechts auf Selbstbestimmung und das Spannungsfeld zwischen kollektiven und individuellen Rechten.

Die Niederlande wollen nicht so weit gehen, die bereits als Entwurf vorliegende Erklärung über die Rechte der indigenen Völker kommentarlos anzunehmen. So haben wir zum Beispiel vom allgemeinen Prinzip der Selbstbestimmung Abstand genommen. Die zuständigen Minister haben zu erkennen gegeben, daß sie ein internes Selbstbestimmungsrecht indigener Völker, das in Zusammenwirken mit den betreffenden Nationalstaaten zustandekommt, befürworten. Ein externes Selbstbestimmungsrecht lehnen die Niederlande jedoch ab.

Bei den Verhandlungen über die Einrichtung eines ständigen Forums im Rahmen der UN für indigene Völker werden zur Zeit größere Fortschritte erzielt. Dieses Forum könnte aus Vertretern von Regierungen und indigenen Völkern sowie eventuell aus unabhängigen Sachverständigen bestehen. Die Niederlande gehören zu den Staaten, die Resolutionen über die Einrichtung eines solchen Forums bei der Menschenrechtskommission und bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingereicht haben.

Bei der 51. Sitzung der Kommission für Menschenrechte 1995 hat unser Land die Einrichtung des Forums ausdrücklich unterstützt. Seitdem haben die Niederlande, wenn sich die Gelegenheit bot, diesen Standpunkt immer wieder bekräftigt. Gegenstand der Diskussion sind das Mandat sowie Fragen in bezug auf die Mitgliedschaft, die Teilnahme und die Einbettung in die UN-Struktur, vorzugsweise beim UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC).

Während der niederländischen Präsidentschaft in der Europäischen Union 1997 wurde infolge einer von den Niederlanden unterstützten Initiative Dänemarks und Spaniens die Europäische Kommission beauftragt, ein Strategiepapier in bezug auf indigene Völker auszuarbeiten. Ausgangspunkte sollten die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gleichstellung sein. Dieses Strategiepapier soll letztendlich zu einer Resolution in bezug auf indigene Völker führen, die – wie wir hoffen – auf dem November anstehenden Rat der EU-Minister für Entwicklungszusammenarbeit angenommen werden wird.*

Die „ILO-Konvention 169 über indigene und in Stämmen lebende Völker“ wurde am 11. November 1997 von der Ersten Kammer der Generalstaaten genehmigt. Mit der Ratifizierung wollen die Niederlande mit gutem Beispiel vorangehen und andere Länder dazu anregen, dieses Übereinkommen ebenfalls zu ratifizieren, das einen wertvollen Beitrag zum Schutz der Rechte indigener Völker leisten kann. In Europa haben auch Dänemark und Norwegen die Konvention 169 ratifiziert. Die ILO hat auf der Grundlage der Konvention 169 über indigene Völker das INDISCO-Programm gestartet. Dabei handelt es sich um ein von Dänemark unterstütztes interregionales „Entwicklungsprogramm zugunsten indigener und in Stämmen lebender Völker“. Ausgangspunkte der Projekte sind die Partizipation und die Anhörung der indigenen Gruppen und die Zielsetzung liegt darin, die eigene Identität und Kultur zu bewahren und weiterzuentwickeln. Die meisten Projekte im Rahmen dieses Programms werden in Indien und auf den Philippinen durchgeführt. Auf den Philippinen unterstützen die Niederlande zwei landwirtschaftliche Projekte dieser Art.

Auf multilateraler Ebene zahlen die Niederlande bereits seit mehreren Jahren Beiträge zum freiwilligen UN-Reisefonds, der es Vertretern indigener Völker ermöglicht, an relevanten UN-Veranstaltungen teilzunehmen. Die Regierung beabsichtigt, auch in den kommenden Jahren Beiträge an diesen Fonds zu entrichten. Inzwischen existiert auch ein freiwilliger UN-Aktivitätenfonds, mit dem Initiativen im Rahmen der Dekade unterstützt werden sollen. Die Niederlande haben auf dafür 1998 einen Beitrag geleistet.

Auch auf bilateraler Ebene unterstützen die Niederlande zahlreiche Projekte für indigene Völker, bei denen die Menschenrechte eine Rolle spielen. Ausgangspunkte dabei sind, daß die Entwicklungsaktivitäten von den indigenen Gemeinschaften, denen sie zugute kommen sollen, erwünscht sein müssen, daß sie auf die von der Gemeinschaft selbst definierten Bedürfnisse sowie auf die Kultur der betroffenen indigenen Gemeinschaft abgestimmt sein müssen und daß die Gemeinschaft selbst oder ihre Vertreter die Möglichkeit haben müssen, sich an der Beschlußfassung, der Durchführung und der Evaluierung der Aktivitäten zu beteiligen.

Als Beispiel für derartige Aktivitäten möge Bangladesch dienen. In Bangladesch wurde im Dezember 1997 von Vertretern der Regierung und den sogenannten „Tribals“ das Friedensabkommen für die Chittagong Hill Tracts – eine

* Anmerkung des Herausgebers: In der Tat ist es im November 1998 zur Verabschiedung dieser Resolution gekommen.

von Stammesvölkern bewohnte Berggegend im Südosten des Landes – unterzeichnet. Die niederländische Regierung hat die Regierung von Bangladesch ersucht, gemeinsam mit Vertretern der indigenen Gruppen einen Plan für Wiederaufbau, Konfliktbewältigung, Abrüstung, sozio-kulturelle Aktivitäten und Menschenrechte auszuarbeiten. Die Niederlande haben angeboten, eine stabile und friedliche Entwicklung in der Region zu unterstützen. Andere Geberländer haben sich ähnlich geäußert.

3. Eigene Identität, kulturelle Rechte und soziale Entwicklung

Sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene haben sich die Niederlande in den letzten Jahren für die Erhaltung und Stärkung der kulturellen Identität indigener Völker eingesetzt.

Auf multilateraler Ebene beabsichtigen UNESCO und UNICEF, der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das AIDS-Programm der Vereinten Nationen (UNAIDS) und das UN-Drogenkontrollprogramm (UNDCP) im Rahmen verschiedener Programme und Projekte, auf die Stärkung der Eigenidentität, der kulturellen Rechte und der sozialen Entwicklung von einigen indigenen Völkern hinzuwirken.

Zwar wurde in dem 1995 beschlossenen UN-Aktionsprogramm zur Dekade der indigenen Völker dazu aufgerufen, in jeder UN-Teilorganisation einen Zuständigkeitsbereich für Angelegenheiten dieser Völker einzurichten; bisher hat aber nur die WHO einen ihrer stellvertretenden Direktoren hierfür angewiesen. Die WHO ist bisher auch die einzige Organisation, die, insbesondere in Lateinamerika, Schritte unternommen hat, um ein konkretes Aktionsprogramm zustande zu bringen.

Bei den geplanten Aktivitäten dieser Organisationen wird jedoch noch allzu häufig davon ausgegangen, daß dafür zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich sind. Nur selten sucht man nach Möglichkeiten zur Neuverteilung der bereits vorhandenen eigenen Gelder, obwohl gerade dies im UN-Aktionsprogramm besonders propagiert wird. Die Niederlande werden sich bei den genannten UN-Organisationen erkundigen, ob mit einem eigenen Aktionsprogramm zu rechnen ist und welche Mittel dafür reserviert worden sind.

Ziel des bilateralen Programms Kultur und Entwicklung ist es, die kulturelle Identität von Gemeinschaften in Entwicklungsländern, darunter auch jene der indigenen Völker, zu stärken und ihr kulturelles Bewußtsein zu fördern. Darüber hinaus soll das Programm zum Austausch von Erfahrungen und Wissen zwischen den Kulturen anregen und damit zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.

Im Rahmen dieses Programms unterstützen der Staat sowie private Einrichtungen unter anderem Aktivitäten zur Erhaltung des Kulturerbes und zur Verbesserung des Kulturmanagements.

Bildung – vor allem die Grundschulbildung und der Unterricht in der Muttersprache – gilt als wichtiges Instrument für die Stärkung der Kultur und der

Identität indigener Völker. Darüber hinaus kann Bildung aber auch Brücken zwischen den verschiedenen Kulturen schlagen. Begriffe wie Respekt, Toleranz, Konsens, Friedenskultur und interethnisches Zusammenleben sind beispielsweise in Mosambik, in Guatemala und in Bolivien ein wesentlicher Bestandteil bereits geltender oder noch auszuarbeitender Lehrpläne und tragen zur Verstärkung demokratischer Normen und Wertvorstellungen bei. Die Niederlande unterstützen diese Länder bei diesem Prozeß.

Im Folgenden soll ein wenig konkreter die Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit einem lateinamerikanischen Land beleuchtet werden:

Für Lateinamerika charakteristisch ist die große Vielfalt an Kulturen und Sprachen. Es gibt in diesem Subkontinent schätzungsweise 485 von indigenen Völkern gesprochene Sprachen mit etwa 1700 Dialekten. Besonders in Guatemala ist diese Vielfalt zu beobachten. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört in diesem Lande den Maya an, die 21 verschiedene Sprachen sprechen. Die Abstimmung des Unterrichts auf die Erwartungen und Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen war eines der größten Probleme des guatemalteken Bildungswesens. In den im Jahre 1996 unterzeichneten Friedensverträgen zwischen dem Staat und der ehemaligen Guerilla wurde daher dem zweisprachigen interkulturellen Unterricht große Aufmerksamkeit gewidmet. Ein wichtiger Impuls ging dabei vom Ersten Nationalen Maya-Bildungskongreß im August 1994 aus. Bei diesem Kongreß haben Vertreter des Staates, der indigenen Bevölkerungsgruppen, gesellschaftlicher Organisationen und der Geberländer erstmals einen gemeinsamen Standpunkt in bezug auf die Bildung der indigenen Bevölkerung ausgearbeitet. Die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Kongresses bildeten die Grundlage für das von den Niederlanden unterstützte *Proyecto Movilizador de Apoyo a la Educación Maya*. Diese Aktion wird – mit Unterstützung der UNESCO – vom *Consejo Nacional de Educación Maya* durchgeführt, in dem sowohl Organisationen der indigenen indianischen Bevölkerung als auch das Bildungsministerium und andere staatliche Einrichtungen vertreten sind.

4. Vertretung und Partizipation

In den letzten Jahren hat sich die Vertretung indigener Völker in nationalen und internationalen Foren verbessert. In immer mehr Ländern kann der Staat die Stimme dieser Völker nicht länger ignorieren. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt auch von der politischen und gesellschaftlichen Emanzipation der Ureinwohner beeinflusst.

Die Anerkennung der Rechte der indigenen Völker hat in mehreren Ländern zur Anpassung und Operationalisierung der gesetzlichen Regelungen beziehungsweise zur Änderung von Rechtsvorschriften geführt, die als diskriminierend erfahren wurden. So hat etwa die bolivianische Regierung eine Reihe von rechtlichen Maßnahmen ergriffen, um die Verbesserung der Situation dieser

Völker weiter voranzutreiben. Neue Gesetze und Dekrete wurden erlassen oder werden vorbereitet, beispielsweise ein neues Gesetz über die Agrarreform, das Forstgesetz und ein Gesetzesentwurf über die Biodiversität. Letzterer regelt unter anderem Fragen im Zusammenhang mit geschützten Gebieten und der Erhaltung der biologischen Vielfalt in anerkannten indigenen Territorien. Gemeinsam mit dem *Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social*, einer Einrichtung, die Organisationen indigener Bevölkerungsgruppen juristisch unterstützt, hat die niederländische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit SNV die rechtlichen Möglichkeiten für die Unterstützung von Organisationen und Juristen analysiert, die sich für die Interessen indigener Völker einsetzen.

In einigen Ländern, wie zum Beispiel Brasilien und Australien, sind in Bezug auf die Anerkennung der Position indigener Völker aber in letzter Zeit keine Fortschritte zu beobachten; vielmehr wendet sich hier die Situation sogar zum Schlechteren.

5. Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung

Die besondere Rolle, die indigene Völker in Bezug auf den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung spielen, wird anerkannt und in die Aktionsprogramme zu folgenden Themen integriert: Tropischer Regenwald (1991), biologische Vielfalt (1994), Wälder und Forstwirtschaft (1997) und Wasser („Water for the future, integrated water resources management“; 1998).

Bekanntlich leben viele dieser Völker in tropischen Waldgebieten und sind von diesen abhängig. Auf deren besondere Rolle in Bezug auf die Wälder und die biologische Vielfalt weisen die Niederlande in den politischen Diskussionen im Rahmen der Konvention zur biologischen Vielfalt und der zwischenstaatlichen Gruppe für die Probleme der Wälder immer wieder hin, um die Verhandlungsposition der indigenen Völker zu stärken. Es geht dabei einerseits um den Nutzen für die betroffenen Völker selbst, andererseits um den Beitrag, den die Urbewölkerung durch ihre traditionellen Kenntnisse zur Entwicklung nachhaltiger Forstwirtschaftssysteme leistet.

Die Interessen der indigenen Bevölkerung, beziehungsweise der lokalen Bevölkerung im allgemeinen, decken sich nicht immer mit den Interessen der Umweltschützer. Andererseits sind aber der Schutz der Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung nicht ohne die Anhörung und die Partizipation der lokalen Bevölkerung möglich. Ausgangspunkt für die internationale Zusammenarbeit mit indigenen Völkern sind in erster Linie die Perspektiven für ihre eigene Entwicklung. Ob eine Aktion im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt wird, hängt unter anderem davon ab, welche Rolle die lokale beziehungsweise indigene Bevölkerung bei der Ausarbeitung und Durchführung derselben spielen kann.

Auch im Rahmen der „joint working groups“, die sich mit der Produktion von Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern in Kamerun, Gabun, Indonesien

und Malaysia beschäftigen, widmen die Niederlande den Rechten der lokalen – teilweise indigenen – Bevölkerung große Aufmerksamkeit.

Das Wissen der Ureinwohner spielt heute in der Diskussion über nachhaltige Entwicklung eine wichtigere Rolle als bisher. Die Anerkennung der Bedeutung dieses Wissens kommt darin zum Ausdruck, daß die Rechte indigener Gemeinschaften am geistigen Werk in verschiedenen nationalen und internationalen Diskussionen immer größere Beachtung finden.

6. Landwirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung der Landwirtschaft befindet sich in vielen Ländern im Wandel. Die verstärkte Konzentration auf ein partizipatorisches Vorgehen bei landwirtschaftlichen Projekten und Programmen resultiert in einem wachsenden Verständnis für die Bedeutung der Kenntnisse der indigenen Bevölkerung („indigenous knowledge“) und die Rolle der Kultur bei den vor Ort üblichen Agrarmethoden. Die darauf basierende Methodologie, die auf die lokalen beziehungsweise indigenen Agrarmethoden abgestimmt ist, ist bekannt als „low external input and sustainable agriculture“ (LEISA). Indem größerer Nachdruck auf partizipatorische Lernprozesse statt auf den Technologietransfer gelegt wird, ist eine bessere Abstimmung auf die vor Ort üblichen Agrarmethoden möglich, die auf dem lokalen Ökosystem basieren. Es hat sich gezeigt, daß diese Erfahrungen wichtig sind, wenn man den Reichtum und das Potential von Agrarmethoden indigener Völker, die unter anderem stark von der Kultur, der Religion und dem Weltbild des betreffenden Volkes beeinflußt sind, kennenlernen und gegebenenfalls effizient an Verbesserungen arbeiten will. Dieser Wandel, der Anfang der 90er Jahre eingesetzt hat und von der UNCED 92 – der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung – unterstützt wurde, hat bisher allerdings nur eine begrenzte Reichweite und bedarf, unter anderem angesichts des gleichzeitig stattfindenden technologischen Wettlaufs in der Agrarindustrie und -forschung, auch in den kommenden Jahren der Aufmerksamkeit und Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Niederlande unterstützen meist gemeinsam mit den lokalen Partnern der niederländischen Mitfinanzierungsorganisationen (MFOs) verschiedene indigene Gruppen. Beispiele sind Projekte zur Verbesserung der Rechtsstellung von Kleinbauern in Bolivien, zur Stärkung der Position ländlicher Familien in sechs Territorien im Süden Costa Ricas, zur nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz natürlicher Ressourcen in Reservaten in Costa Rica und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Bauern in Ecuador und im peruanischen Cuzco.

7. Sonstige Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit

Die niederländischen MFOs, die SNV und einige kleinere Organisationen sind bestrebt, indigene Völker beziehungsweise ihre Vertreter direkter in die Aktivitäten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Außerdem setzen sie sich für eine bessere Vertretung dieser Völker in nationalen und internationalen Gremien ein. Schließlich unterstützen sie die Organisationen auch bei Arbeitsbesuchen in den Niederlanden.

Das Humanistische Institut für Entwicklungszusammenarbeit (Hivos) unterstützt Organisationen für indigene Völker in drei Kontinenten. Die meisten dieser Organisationen befinden sich in Lateinamerika, vor allem in Guatemala, Peru und Bolivien. Das Hivos geht von dem Grundsatz aus, daß für verschiedene Kulturen gleiche Rechte gewährleistet sein müssen. Beim Hivos ist man der Ansicht, daß Diskriminierung und Marginalisierung ethnischer Minderheiten nicht mit der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe an sich zusammenhängt, sondern eine Folge sozialer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ausgrenzung ist. Daher werden Programme unterstützt, die auf die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen indigener Völker abzielen. Grundlage aller Projekte sind die politischen Rechte sowie Respekt und Toleranz gegenüber der eigenen Kultur. Die Projekte des Hivos zugunsten indigener Völker umfassen meist sowohl eine Komponente der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung als auch eine Komponente der Bewußtseinsbildung, der Emanzipation und der Organisierung der indigenen Bevölkerung.

Die niederländische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit SNV hat seit der Ausrufung der Dekade der indigenen Völker der Welt eine allgemeine Strategie entwickelt, die drei ineinander übergehende Ebenen umfaßt. Auf lokaler Ebene wird – im Zuge eines integralen Prozesses – häufig unmittelbar mit der Zielgruppe zusammengearbeitet. Die zweite Ebene umfaßt die landesweiten Maßnahmen, die erforderlich sind, um die angestrebten Verbesserungen für die Zielgruppe zu verwirklichen.

Auf der dritten Ebene geht es um internationale Aktionen zugunsten der Zielgruppe, etwa zur Beeinflussung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Die SNV unterstützt die indigenen Völker in Bolivien (Tief- und Hochlandindianer), in Ecuador (Amazonas- und Sierra-Indianer) und in Peru (Tiefelandindianer und Ketschua) in ihrem Kampf um die Anerkennung und die Durchsetzung ihrer besonderen Rechte. Die Konsolidierung ihrer eigenen Territorien – im juristischen, verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Sinn – sowie die Stärkung der eigenen Organisationen und der kulturellen Identität sind dabei die wichtigsten Pfeiler.

Ein interessantes Beispiel für eine private Initiative aus den Niederlanden ist der Beitrag des niederländischen UNICEF-Komitees zum Amazonas-Programm der UNICEF. Um auch die Bevölkerung in die Durchführung einzubeziehen, wurde das Programm in viele kleine Teilprojekte unterteilt. Gegenstand des Programms sind Aspekte der Rechtssicherheit, Förderung der Gleichheit, Umweltschutz und Umwelterziehung, sowie Erwachsenenbildung und zweisprachi-

ger Unterricht für Kinder. UNICEF-Niederlande hat seit 1993 mit 5,700.000 Dollar zu diesem Programm beigetragen.

8. Indigene Völker in Nicht-Entwicklungsländern

Daß auch in entwickelten Ländern indigene Völker leben, braucht eigentlich nicht eigens erwähnt zu werden.

In vielen Ländern sind diese Gruppen gleichberechtigt in die Gesellschaft integriert oder sie stehen im Dialog mit den staatlichen Behörden. In anderen Ländern hingegen klaffen die Standpunkte weit auseinander, oder es finden so gut wie überhaupt keine Gespräche statt.

In bezug auf die indigenen Völker Kanadas haben sich die Niederlande während der Beratungen über das Tiefflugabkommen, welches sich auf militärische Testflüge von Kampfmaschinen verschiedener NATO-Staaten in der nördlichen Provinz Quebec bezieht, dafür eingesetzt, daß auch die Interessen der betroffenen Innu berücksichtigt werden. So wurde eine Umweltverträglichkeitsstudie erstellt und es wurde ein Umwelt-Institut gegründet, an dem dieses Volk beteiligt ist. Ziel ist die Überwachung der Tiefflüge, damit diese beispielsweise nicht über Jagdgebieten stattfinden. Außerdem verfolgt die niederländische Regierung mit Interesse die Diskussionen zwischen der kanadischen Regierung und den Ureinwohnern über die Gewährung verschiedener Rechte, wie etwa jenes der internen Autonomie.

9. Schlußfolgerungen und politische Vorhaben

Die hier präsentierte Übersicht zeigt, daß sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene eine Fülle von Entwicklungen stattfindet. In den nächsten Jahren wird der eingeschlagene Kurs meines Landes weiterverfolgt, wobei die Maßnahmen in bestimmten Bereichen intensiviert werden.

- Die Notwendigkeit der Vertretung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und die Anerkennung des Beitrags, den sie zur weltweiten kulturellen Vielfalt und zum schonenderen Umgang mit der globalen Umwelt leisten können, sind die wichtigsten Gründe dafür, daß die Aufmerksamkeit für indigene Völker bestehen bleibt. Auch die zunehmende Emanzipation dieser Völker selbst hat hierzu wesentlich beigetragen.
- Die niederländische Politik wird im Kern weiterhin auf die Menschenrechtsproblematik ausgerichtet sein. Die Niederlande werden sich in diesem Zusammenhang aktiv für den Schutz der Rechte und die Stärkung der Position der indigenen Gruppen einsetzen.
- Auf internationaler Ebene machen sich die Niederlande für die Ausarbeitung eines Entwurfs für eine UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker und die Gründung eines ständigen Forums im Rahmen der Vereinten Nationen stark. Dadurch könnte die Position indigener Völker international gestärkt werden.

Die Niederlande werden in den nächsten Jahren im internationalen wie im bilateralen Rahmen die legitime Repräsentation der indigenen Völker weiterhin fördern und materiell unterstützen. Außerdem werden die Botschaften angehalten, darauf zu achten, daß die Partizipation und Anhörung indigener Völker in größerem Stil umgesetzt wird.

- Bei der Überwachung und Evaluierung relevanter Projekte wird aktiver auf die Partizipation und die Anhörung indigener Völker geachtet werden. Vor Ort werden Sachverständige auf dem Gebiet der indigenen Völker eingeschaltet.
- Behörden in Entwicklungsländern, die Vereinbarungen mit indigenen Völkern treffen oder gesetzliche Maßnahmen zur Stärkung der Position indigener Völker ergreifen, können auf die Unterstützung der Niederlande zählen. Die Regierungen werden außerdem zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 über indigene Völker angehalten.

Abschließend möchte ich noch auf einige Aspekte in Zusammenhang mit dem Phänomen der Globalisierung eingehen: Bei der zwischenstaatlichen UNESCO-Konferenz zum Thema „Die Kraft der Kultur“ hat Jan Pronk, der vorige niederländische Minister für Entwicklungszusammenarbeit, einen Vortrag zum Thema „Kultur als Gegenpol zur Globalisierung“ gehalten. Hauptthema dieses Vortrags war die Globalisierung, ein Prozeß der von drei kulturellen Entwicklungen gefördert wurde, die sich in diesem Jahrhundert vollzogen haben: erstens ist die Orientierung an Traditionen der Ausrichtung auf die Zukunft gewichen; zweitens wurde die Verbundenheit des Menschen mit der Natur von der Dominanz der Technologie verdrängt; und drittens schließlich hat sich die Geborgenheit kleiner Lebensgemeinschaften in den anonymen Beziehungen zwischen Märkten und Staaten verloren. Die Globalisierung kann zwar nicht aufgehalten werden; wir können aber versuchen, gegen ihre negativen Auswirkungen anzukämpfen. Schließlich handelt es sich bei der Globalisierung nicht um ein Naturereignis, sondern um einen Prozeß, der von ökonomischen Kräften gesteuert wird, unterstützt von der technologischen Entwicklung. Wir müssen das Vertrauen in unsere Fähigkeit zurückgewinnen, die Entwicklungen zu steuern und die Gesellschaft zu formen, so Pronk, andernfalls sind den Nachteilen der Globalisierung, wie Ausgrenzung, Feindseligkeiten und Gewalt, Tür und Tor geöffnet. Was wir brauchen, ist eine offene Gesellschaft, in der die unterschiedlichen Kulturen einander begegnen anstatt einander gegenseitig zu bedrohen.

Minister Pronk nannte zwei Voraussetzungen für die Entstehung einer solchen offenen Gesellschaft: zum einen die Einhaltung einer Reihe weltweit geltender ethischer Normen, wie gleiche Rechte und Pflichten für alle, Schutz von Minderheiten und die Bereitschaft, Konflikte friedlich lösen zu wollen; und zum anderen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demokratie.

Fons Gribling, Ministerie van Buitenlandse Zaken, Social and Institutional Development, Bezuidenhoutseweg 67, Postbus 20061, NL-1500 EB Den Haag

Überarbeitung und leichte Kürzung von René Kuppe

Journal für Entwicklungspolitik XV/2, 1999, S. 217–233

H. C. F. Mansilla¹

Zwischen traditionellen partikularistischen Werten und modernen universalistischen Zwängen: Die Herausbildung der Nationalidentität Boliviens im Zeitalter der Globalisierung²

1. Allgemeines zur Fragestellung

Der geographische Raum, den jetzt Bolivien einnimmt, hat trotz starker regionalistischer Strömungen und verlustreicher Kriege mit mächtigeren Nachbarländern inzwischen eine verhältnismäßig solide kollektive Identität entfaltet, welche durch die verschiedenartigen Landschaften und Klimata und die ethnisch-kulturelle Vielfalt sowie durch die chaotischen politischen Zustände seit der Gründung der Republik 1825 keineswegs gewährleistet war (zum Problem der kollektiven Identität Lateinamerikas vgl. Schutte 1993; vgl. auch Giesen 1991; King 1991; Fillitz 1993). Um die Schlußfolgerung vorwegzunehmen: trotz Hindernissen aller Art zeichnet sich in Bolivien eine tragfähige synkretistische Lösung ab als Kern einer neuen Nationalidentität, welche, grob gesagt, das *Traditionelle* und *Partikularistische* (das, was dort gemeinhin für das Eigene gehalten wird) mit dem *Modernen* und *Universalistischen* (dem, was bis vor kurzem als das Fremde galt) im Rahmen einer wahrscheinlich dauerhaften Synthese verknüpft.³ Dieses Ergebnis ist, wie die meisten historisch-kulturellen Schöpfungen, auf das Ergebnis verschiedenartiger Faktoren, einschließlich der Kontingenz, zurückzuführen.

Den Begriffen von Eigenem und Fremdem haftet zusätzlich eine wertende Dichotomie an, die der komplexen Wirklichkeit keineswegs entspricht. In der Dritten Welt selbst wird oft das Eigene und Traditionelle unvermittelt mit Statik und Irrationalismus, mit Fortschrittshemmnis, autoritären Verhaltensweisen, grausamen Sitten und säkularer sozialer Ungerechtigkeit gleichgestellt, während das Fremde und Moderne mit Dynamik und Vernunft, mit Demokratie, Fortschrittspotentialität, universal geltenden Menschenrechten und gesellschaftlicher Gerechtigkeit identifiziert wird. Seit dem 19. Jahrhundert kann aber Lateinamerika auch als ein Friedhof gescheiterter Modernisierungsprojekte gelten, welche danach trachteten, modern-rationale Normen mit Gewalt und Tücke gegen den Widerstand großer Teile der einheimischen Bevölkerung durchzusetzen. Demgegenüber gibt es heute eine einflußreiche kulturkritische Strömung, die der Traditionalität undifferenziert alle möglichen positiven Zustände und Eigenschaften zuschreibt, die man bei der entfremdungsreichen Moderne vermißt. Um diesem Dilemma zu entkommen, wird im Rahmen dieser Studie eine kritische Haltung gegenüber diesen Phänomenen versucht, etwa durch die